

Berlin, 31. März 2022

Stellungnahme des Bundesverbands Nachhaltige Wirtschaft e.V. im Rahmen der Online-Konsultation zur Start-up-Strategie der Bundesregierung

Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft (BNW e.V.) setzt sich als unabhängiger Unternehmensverband seit 1992 für Umwelt- und Klimaschutz ein. Viele innovative Start-Ups sind Teil des BNW Netzwerks, darunter der Suchmaschinenanbieter Ecosia GmbH oder der nachhaltige Mobilfunkanbieter WEtell GmbH. Der BNW steht für mehr als 100.000 Arbeitsplätze, seine mehr als 500 Mitgliedsunternehmen sind Vorreiter für nachhaltiges Wirtschaften. Über seinen europäischen Dachverband Ecopreneur.eu bezieht der Verein auch in Brüssel Stellung.

Selbstständigkeit und Unternehmer:innengeist sind wichtige Treiber von Innovationen. Diese tragen zu einer ökologischen und sozialen Transformation der Wirtschaft bei, wodurch zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen werden. Der BNW fordert seit langem das Gründungsklima und die Situation von Start-Ups in Deutschland zu verbessern. Daher begrüßt es der Verband außerordentlich, dass die Bundesregierung eine umfassende Start-Up-Strategie entwickeln möchte. Im Folgenden führt der BNW Handlungsfelder und Maßnahmen auf, die im Rahmen der Start-Up-Strategie zu stärken sind.

1. Finanzierung von Start-Ups stärken (Punkt 4)

Finanzierungen in junge Technologieunternehmen während der kapitalintensiven Wachstumsphase sind hochriskante Investitionen. Dementsprechend bewerten Venture Capital Firmen das Investitionsrisiko und machen davon Finanzierungsangebote abhängig. Trotz zukunftssträchtiger Ideen sind Gründer:innen deshalb häufig mit nicht ausreichenden Finanzierungsmöglichkeiten konfrontiert. Der Koalitionsvertrag sieht vor, dass digitale Start-Ups in der kritischen Spätphasenfinanzierung gefördert und der Venture-Capital Standort Deutschland gestärkt werden soll.

Der BNW begrüßt den im Koalitionsvertrag beschriebenen Ansatz. Die Bundesregierung sollte ihre Investitionsmöglichkeiten in grüne Start-Ups und junge Technologieunternehmen voll ausschöpfen. Ein Instrument dafür sind Investitionen der öffentlichen Hand durch nachhaltige öffentliche Beschaffungen. So hat die Bundesregierung im Besonderen und die öffentliche Hand im Allgemeinen die Möglichkeit grüne Start-Ups wirksam zu unterstützen.

Die öffentliche Hand sollte frühzeitig als Kundin von Start-Ups auftreten. Dadurch sehen Investor:innen, dass junge Technologiefirmen und Start-Ups solvente Kund:innen haben, wodurch diese wiederum eher bereit sind, Finanzierungen zu besseren Konditionen

anzubieten. So verringern sich die Investitionsrisiken, Finanzierungen werden günstiger und wahrscheinlicher. Darüber hinaus würde die öffentliche Hand als frühe Kundin auch die Gewinnung anderer großer und mittelständischer Kund:innen erleichtern und so innovative Ideen aus Start-Ups zu schnellerer Präsenz am Markt verhelfen. Das bringt Innovation und Entwicklungen schneller in den breiten Markt. Diese Maßnahme hätte eine große Hebelkraft: Das Budget durch Ausgaben der öffentlichen Hand ist um ein Vielfaches höher, als die Bereitstellung von Fördermitteln.

2. Gründungen erleichtern (Punkt 6)

Der BNW befürwortet das im Koalitionsvertrag festgehaltene Vorhaben der Bundesregierung, Unternehmensgründungen zu erleichtern. Der Verband fordert, dass Förderangebote leicht zugänglich gestaltet werden. Für Gründungswillige und für den Start aus der Arbeitslosigkeit sollten intensive Förder- und Weiterbildungsmöglichkeiten angeboten werden.

Aus Unternehmer:innensicht fehlt es Technologieunternehmen außerdem an konkreten Förder- und Unterstützungsinstrumenten, um als Lieferant der öffentlichen Verwaltung akzeptiert zu werden. Darüber hinaus Bedarf es übersichtlichen Informationsangeboten. Vor allem eine übersichtliche, durchsuchbare digitale Datenbank würde es Gründer:innen erleichtern, sich einen Überblick über Förderprogramme verschaffen zu können. Durch niedrigschwellige Informationsangebote sollte ermöglicht werden, dass Start-Up-Förderung zukünftig keine Frage von Glück oder Zufall ist, sondern Gründer:innen schnell und unkompliziert zugänglich gemacht wird.

3. Zugang zu öffentlichen Aufträgen vereinfachen (Punkt 9)

Der Koalitionsvertrag sieht vor, dass die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Start-Ups und junge Unternehmen erleichtert werden soll. So sollen Beschaffungsprozesse und öffentliche Ausschreibungen für Gov.- und EduTech-Start-ups vereinfacht werden. Der BNW ist erfreut über diesen Ansatz, sieht aber immenses Verbesserungspotential.

In Deutschland gibt es viele junge Technologieunternehmen. Ob bei Bürosoftware, Betriebssystemen oder Suchmaschinen: Die Bundesregierung greift trotzdem noch immer auf die Dienste von Großkonzernen zurück. Laut [Bundesrechnungshof](#) fällt der Bund jede zweite ausgabewirksame Einkaufsentscheidung gegen geltendes Vergaberecht. Nachhaltigkeitskriterien werden nicht ausreichend berücksichtigt.

Der BNW fordert deshalb klare und einheitliche Leitlinien bei der öffentlichen Beschaffung, die an Nachhaltigkeitskriterien gebunden sind. Nicht nur der Preis, sondern wichtige Kriterien wie Nachhaltigkeit, Zukunftsorientierung und Datenschutz sollten künftig eine größere Rolle spielen.

Der BNW fordert außerdem, dass die öffentliche Hand durch eine Vielzahl von Maßnahmen den Zugang für grüne Start-Ups zu öffentlichen Aufträgen erleichtert. Start-Ups sollten aktive Unterstützung bei der Bewerbung für öffentliche Ausschreibungen und für die Auftragsvergabe bekommen. Dafür braucht es unbürokratische und hilfsbereite

Anlaufstellen auf Seiten der Verwaltung. Hierbei könnten Start-Ups Pat:innen an die Hand bekommen, die sie bei der Auftragsvergabe innerhalb der Ministerien unterstützen. Minister:innen sollten bei vierteljährlichen „Start-Up-Pitches“ grüne Start-Ups bei der Auftragsvergabe berücksichtigen. Darüber hinaus sollten Ministerien oder das Bundesamt für Statistik den Marktanteil und die Anzahl von Start-Ups am öffentlichen Beschaffungsvolumen erfassen.

4. Diversität

Im Koalitionsvertrag wird festgehalten, dass Hürden für Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund beim Zugang zu Start-Up-Finanzierungen und Förderungen abgebaut werden sollen. Der BNW begrüßt dieses Vorhaben. Bedauerlicherweise findet sich im Rahmen der Konsultation kein expliziter Hinweis zum Thema Diversität. Menschen mit Migrationshintergrund finden lediglich im Punkt „Anteil von Gründerinnen im Digitalsektor erhöhen“ Erwähnung. Fragen dazu, wie Förderangebote für BIPoC, Menschen mit Migrationshintergrund oder Menschen mit Handicap gestaltet werden sollen, werden nicht gestellt. Zum Bedauern des BNW, denn um Diversität konsequent in die Start-Up-Landschaft zu bringen, müssen inklusive Förderangebote geschaffen werden.

Der Verband setzt sich schon seit langem für mehr Diversität in der Start-Up-Förderung ein, denn viele Beratungsangebote sind bisher auf den klassischen, männlichen Weißen als Ansprechpartner ausgelegt. Der BNW fordert deshalb, Förderangebote, die Menschen mit Migrationshintergrund, BIPoC, Frauen, die LGBTQ+ Community sowie Menschen mit Handicap, gezielt ansprechen und auf deren Bedürfnisse zugeschnitten sind. Zielgruppengerechtes Coaching und begleitendes Mentoring sollte angeboten werden, um benachteiligte Bevölkerungsgruppen bewusst zu fördern und eine diversere Start-Up-Landschaft zu schaffen.

Abschließende Bemerkungen

Der BNW unterstützt grundsätzlich den Vorstoß der Bundesregierung die Start-Up-Landschaft Deutschland durch eine Start-Up Strategie zu fördern. Der Koalitionsvertrag beinhaltet dabei wichtige Punkte, die Start-Ups unterstützen können: Die Stärkung der Start-Up-Finanzierung, die Erleichterung von Gründungen, die Förderung von Diversität sowie der vereinfachte Zugang zu öffentlichen Aufträgen sind dabei wichtige Handlungsfelder. Insofern begrüßt der BNW viele Maßnahmen für die Start-Up-Strategie.

Verbesserungspotenziale sieht der BNW vor allem bei der öffentlichen Beschaffung. Die öffentliche Hand könnte durch Investitionen bei öffentlichen Aufträgen gezielt grüne Start-Ups und junge Technologieunternehmen unterstützen. Bislang fehlt es allerdings an einheitlichen Regelungen und klaren Nachhaltigkeitskriterien für die Vergabe. Durch nachhaltige Beschaffung könnte die Bundesregierung sowohl Klima- und Umweltschutz vorantreiben sowie den Wirtschaftsstandort Deutschland stärken. Der BNW empfiehlt daher der Bundesregierung in der Start-Up-Strategie, bei den Themen „Finanzierung von Start-Ups stärken“ sowie „Zugang zu öffentlichen Aufträgen vereinfachen“

Nachhaltigkeitskriterien zu integrieren. Darüber hinaus sieht der BNW Verbesserungspotential bei der Erleichterung von Gründungen und der Förderung von Diversität.

Mit einer ganzheitlichen Sicht auf die oben genannten Handlungsfelder kann die Bundesregierung nicht nur die nationale Start-Up-Landschaft unterstützen, sondern den Wirtschaftsstandort Deutschland stärken und durch nachhaltige Investitionen insgesamt einen Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation der Wirtschaft leisten.

Kontakt:

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

info@bnw-bundesverband.de

Fon: +49 (0) 30 325 99 683